



Shewa Sium, agisra e.V. (Rede, 16.09.2018, Heumarkt, Köln) Es gilt das gesprochene Wort.

Mein Name ist Shewa Sium von agisra e.V. – Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung. Wir sind heute gemeinsam hier, um unsere politische Haltung und Forderungen auch als

Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* auf die Straße zu tragen.

Migration und Flucht gab es schon immer. Es ist kein neues Phänomen der heutigen Zeit. Auch in Zukunft wird es sie geben. Nur HEUTE wird ein ganz anderes Bild von Geflüchteten Menschen gezeichnet. Sie werden als ein Virus betrachtet vor dem sich die EU schützen muss:

- Die Regierungen versperren ihre Fluchtwege; und riegeln die EU-Außengrenzen ab.
- Mit allen Mitteln wird ihr Ankommen in sicheren Ländern verhindert.
- Die EU-Regierungen lassen sie im Mittelmeer ertrinken oder in der Sahara verdursten.
- Als ob das nicht reichen würde, werden Retter*innen und Helfer*innen kriminalisiert!

Allein seit Anfang des Jahres hat die gefährliche Flucht über das Mittelmeer über 1400 Menschen das Leben gekostet. Die Dunkelziffer der Toten ist weitaus höher.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich auf eine Verschärfung der Asylpolitik verständigt. Künftig sollen gerettete Bootsflüchtlinge in geschlossenen Lagern in der EU untergebracht werden.

Seit ihrer Gründung erhöhte die EU das Budget von Frontex kontinuierlich: Während 2005 der Agentur jährlich 6,2 Mio. Euro zur Verfügung standen, wuchs das Budget im Jahr 2017 auf 302 Mio. Euro. Für 2021 bis 2027, soll für Frontex 21,3 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Die Geflüchteten, die den gefährlichen Weg überlebt haben und in Deutschland angekommen sind, sind auch in Deutschland verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt. Rassistische und sexistische Gewalt erleben Geflüchtete auf der Straße, in öffentlichen Einrichtungen, im privaten Umfeld und bei Behörden. Die jüngsten Ereignisse in Chemnitz zeigen auf erschreckende Weise, wie krass der Rassismus in der deutschen Gesellschaft verankert ist, und mit welcher Gewalt gegen Migrant*innen und anders aussehende Menschen gehetzt wird.

FRAUEN während der Flucht und im Ankunftsland sind besonders gefährdet und schutzbedürftig:

Sie nehmen den gefährlichen Weg aus unterschiedlichen Gründen auf sich:

Wegen Krieg, Verfolgung, Vertreibung und auch wegen frauenspezifischen Fluchtgründen wie Frauenhandel, Vergewaltigung, Zwangsverheiratung, Steinigung,

Genitalverstümmelung...und vieles mehr. Auf der Flucht wird ihre Schutzlosigkeit gnadenlos ausgenutzt. Sie sind der Willkür von Schleusern, Beamten oder andern Flüchtlingen ausgesetzt. Nicht selten werden sie zu sexueller Ausbeutung gezwungen. Sie gelangen in die Hände von organisierten Banden. Vergewaltigungen, die auch mehrfach vorkommen,

werden zur täglicher Routine und irgendwann zur Normalität. Traumatisierungen, Angstzustände, ungewollte Schwangerschaften usw. sind Folgen der Flucht.

Angekommen im Ankunftsland geht es mit der schwierigen Lebenssituation weiter:

Viele Frauen kommen traumatisiert hier an. Sie sind struktureller Gewalt ausgesetzt: Sie werden in überfüllten Aufnahmelagern und Sammelunterkünften untergebracht, die ihnen

keine Sicherheit bieten. Sie haben keine Privatsphäre, keinen Schutz da die Zimmer nicht immer abschließbar sind. In den Sanitären Anlagen sind sie nicht sicher vor sexuellen Übergriffen.

Ihre Bewegungsfreiheit ist durch Residenzpflicht und Wohnsitzauflage stark eingeschränkt. Wenn eine Frau von häuslicher Gewalt betroffen ist und Schutz in einem Frauenhaus braucht, wird dies durch die Wohnsitzauflage sehr schwierig. Dies erleben wir täglich in unserer Arbeit.

Die von Innenminister Horst Seehofer bundesweit geplanten und schon in Bayern eröffneten ANKERZENTREN werden die Menschenrechte von Geflüchteten enorm verletzt, und es kommt zu sozialer Isolierung. Die Lage der besonders Schutzbedürftigen wie Frauen und Kinder wird sich weiter verschlechtern. Ohne die Möglichkeit unabhängige Beratungsstellen aufzusuchen, können sie ihre Rechte nicht erfahren und nicht einfordern. Ohne freie Ärzt*innenwahl können sie ihre frauenspezifischen Fluchtgründe, wie z.B. Genitalverstümmelung, nicht geltend machen.

Deshalb sagen wir:

- Wir fordern die Abschaffung der rassistische Asyl-Lagerunterbringungspolitik!
- Wir fordern Schutz für alle gewaltbetroffenen Frauen unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Wir fordern die Anerkennung der frauenspezifischen Fluchtgründe!
- Wir fordern den Sofortigen Stopp der Abschiebungen!
- Wir fordern die Politik der Abschottung und menschenrechtswidrigen Vereinbarungen mit Drittstaaten zu beenden!
- Wir fordern sichere und legale Zugangswege für Flüchtlinge zu schaffen!
- Wir fordern Bleiberecht für alle Geflüchteten!
- Wir fordern Menschenrechte für alle geflüchteten Frauen*!